

# dulden

nistischen Wissenschaft im Zusammenhang mit der praktischen Arbeit der Partei zu vermitteln. Die ersten Propagandistenseminare dieses Lehrjahrs im Bezirk Cottbus zeigen bereits, daß die Genossen nicht die\*

Klärung der ideologischen Probleme, sondern methodische Fragen in den Vordergrund stellen. Die Methode ist zwar sehr wichtig für die Durchführung des Unterrichts, aber ohne die gründliche Behandlung der ideologischen Probleme, ohne ihre Klärung, kann die Qualität der Parteipropaganda nicht verbessert werden. Darum darf die Behandlung methodischer Fragen in den Propagandistenseminaren nicht von der Darlegung des Stoffes des entsprechenden Zirkels losgelöst sein.

Im Referat auf der Propagandistenkonferenz in Cottbus wurde auch über die nationale und internationale Bedeutung der Volkswahlen gesprochen. Man müßte annehmen, daß der Referent hier die wichtigsten Probleme dargelegt hätte, die bei der Vorbereitung der Volkswahlen propagandistisch erläutert werden mußten: der Charakter unserer Arbeiter- und Bauernmacht, das Wesen der Demokratie, was hat die Arbeiter- und Bauernmacht den Werktätigen gebracht, die schöpferische Rolle der Volksmassen in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik usw. Obwohl der Referent einleitend die ideologischen Probleme, die im Beschluß der Bezirksleitung dargelegt werden, verlesen hat, behandelte er diese Fragen nicht in diesem wichtigen Teil des Referats. Genosse Pätzke gab vielmehr eine allgemeine agitatorische, zum Teil sehr oberflächliche Darlegung der internationalen Lage, ohne\* die Probleme theoretisch zu klären. Dafür nur einige Beispiele:

Der Referent erwähnte, daß alle internationalen Fragen auf dem Wege der Verhandlungen gelöst werden können. Dabei wird von ihm die Initiative der Sowjetunion wie folgt charakterisiert: „... daß die Sowjetunion mit ihren Noten, mit ihren Vorschlägen immer zuerst kommt, ist doch kein Zufall, rührt daher, weil die außenpolitische Konzeption der imperialistischen Mächte gar nicht geeignet ist, initiativreich zu sein, initiativ geladen zu sein für die Methode der Verhandlungen.“ Diese Erklärung ist keine klassenmäßige Darlegung der Friedenspolitik der Sowjetunion. Um die Initiative der Sowjetunion zur Lösung der internationalen Fragen zu erklären, wäre es erforderlich gewesen, die Prinzipien der Außenpolitik der Sowjetunion zu erklären und nachzuweisen, daß die Außenpolitik eines sozialistischen Staates stets eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern, eine Politik der Achtung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung ist. Dabei hätte der Referent zeigen müssen, daß Sozialismus und Frieden untrennbar verbunden sind, daß sich die friedliche Außenpolitik der Sowjetunion aus dem Wesen der sozialistischen Ordnung ergibt. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung die Ursachen der Krisen und Kriege beseitigt wurden, in der das Ziel der Produktion nicht die Erlangung von Maximalprofit für einige Monopollen, sondern die maximale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung ist, liegt die tiefe Begründung der Außenpolitik des sozialistischen Staates.

Der Referent setzte sich mit der falschen Auffassung auseinander, daß die Sowjetunion an einem „schwachen Deutschland“ interessiert sei und legte richtig dar, daß diese Fragestellung falsch ist, daß die Sowjetunion als sozialistischer Staat an einem demokratischen Deutschland interessiert ist. Der Referent zeigte aber nicht, warum das so ist. Er zeigte nicht, daß der deutsche Militarismus schon zweimal einen Weltkrieg angezettelt und über die Völker Europas, besonders über das Sowjetvolk, ungeheures Leid gebracht hat, daß aber ein demokratisches Deutschland diese Gefahr ausschalten würde und eine Garantie für die Sicherung des Friedens in Europa wäre. Er begnügte sich mit der Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion dann diese Grenze nicht mehr zu schützen brauche.

Genosse Pätzke ging auf die Gefahr ein, die eine Wiedererrichtung der westdeutschen Wehrmacht mit sich bringt und führte aus, daß Adenauer nach der faschistischen Provokation am 17. Juni 1953 behauptet hätte: Ja, wenn wir damals die EVG gehabt hätten, wäre manches anders gekommen. Das einzige Argument des Genossen Pätzke ist hierauf: „Ja, aber die war ja eben nicht da und ist jetzt noch nicht da.“ Kein Wort davon, daß mit diesem Ausspruch des Bonner Kanzlers seine aggressiven Ziele gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, sein Ziel, die Errungenschaften unseres Arbeiter- und Bauernstaates zu beseitigen, zum Ausdruck kommen, daß aber die Werktätigen unserer Republik niemals ihre Errungenschaften aufgeben, sondern sie bis zum Äußersten verteidigen werden.

Wie oberflächlich der Referent an alle Fragen heranging, zeigten seine Bemerkungen über die Eindrücke westdeutscher Arbeiterdelegationen, die in der Deutschen Demokratischen Republik weilten. Es wurde lediglich festgestellt, daß „dies und jenes nicht in Ordnung sei“, „dort ist dieser oder jener Preis in der HO noch zu hoch“ usw. Dann zog Genosse Pätzke die Schlußfolgerung: „Das ändert sich doch sehr bald. Die Partei hat doch auf dem Parteitag beschlossen, in Richtung der Verbesserung des Lebensstandards entscheidende Schritte zu unternehmen.“ Abgesehen davon, daß in dieser Richtung schon einiges getan wurde (um mit den Worten des Genossen Pätzke zu sprechen), und daß es sich nicht nur darum handelt, daß die Partei „entscheidende Schritte“ unternimmt, sondern daß gerade die Propagandisten darlegen müssen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um die Preise senken zu können, daß sie helfen müssen, die Werktätigen zu höheren Produktionsleistungen zu mobilisieren, ist diese Einschätzung des Besuches der Arbeiterdelegationen sehr oberflächlich. Die Mehrheit der Arbeiterdelegationen hat zum Ausdruck gebracht, daß die Lebensverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik besser sind als in Westdeutschland, daß sie vor allen Dingen von den großen Erfolgen und Errungenschaften unserer Arbeiter- und Bauernmacht beeindruckt sind. Ja, sie erklärten, daß ihnen der Unterschied zwischen unserem Arbeiter- und Bauernstaat und dem Staat der Monopolisten und Junker in Westdeutschland jetzt erst richtig klar geworden wäre, daß sie die Richtigkeit unseres Weges, des Weges ohne Monopolisten und Junker erkannt hätten und in Westdeutschland für ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland kämpfen werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß das Referat des Genossen Pätzke durchaus nicht dazu angetan war, den